



Die Kaiserstraße 15 in Rosenheim im Jahre 1905. In diesem Haus befand sich 1923 das Gewerkschaftshaus und der Pernlohner-Bräu. Hier wurde Georg Ott ermordet.



Die Kaiserstraße 15 im Jahre 2023. Das Haus, in dem Georg Ott 1923 ermordet wurde steht noch immer. An den rechten Mord erinnert jedoch nichts.

Der fast vergessene Mord an Georg Ott

Vor hundert Jahren, am 1. August 1923 titelte die SPD-nahe Zeitung *Münchner Post* „Der Hakenkreuzmord in Rosenheim“. Drei Tage zuvor, am 29. Juli 1923 stürmten bewaffnete extrem rechte Akteure das Rosenheimer Gewerkschaftshaus, verprügelten die anwesenden Arbeiter*innen und ermordeten den sozialdemokratischen Gewerkschafter Georg Ott. In der lokalen Erinnerungskultur von Rosenheim war er bisher kaum Thema. Eine Spurensuche von der *Geschichtswerkstatt Rosenheim* und Johannes Müller

Das Opfer – Wer war Georg Ott?

Georg Ott wurde am 19. Dezember 1880 als Sohn von Sophie (geborene Götz) und Johann Ott in München geboren. Er zog vermutlich 1916 nach Rosenheim und war als Soldat im Ersten Weltkrieg, wo er ein Auge verlor. Zum Zeitpunkt seiner Ermordung war er als Schlosser bei der *Rosenheimer Eisenindustrie Martin Perr* beschäftigt. Diese bezeichnet ihren Mitarbeiter in einem Nachruf als „fleißigen, pflichteifrigen Arbeiter“, dem sie „jederzeit ein ehrendes Andenken bewahren“ werden. Ott, welcher in der Innstraße 41 lebte, hinterließ eine Frau und vier Kinder. In manchen der damaligen Presseberichte wird er als „Kommunist“ bezeichnet, nach Angaben des *Gewerkschaftsvereins* und des *Deutschen Metallarbeiterverbandes* war er aber „nicht Mitglied der *Kommunistischen Partei*, sondern (...) seit 15 Jahren Mitglied der *Sozialdemokratischen Partei* Rosenheim“. Am 29. Juli hatte er „von 10 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags“ im Büro des Metallarbeiterverbandes die „Wahlen zum Verbandstag“ geleitet und beaufsichtigt.

1923 – Die Lage vor hundert Jahren

Der gescheiterte nationalistische *Kapp Putsch* 1920, der Straßenterror der Schwarzhemden Benito Mussolinis und die anschließende Machteroberung der

italienischen Faschisten im Oktober 1922 sowie die Zunahme rechtsextremer Aktivitäten in Deutschland (unter anderem die aufsteigende NSDAP, welche am 18. April 1920 in Rosenheim die erste Ortsgruppe außerhalb Münchens gründete) führten 1923 in Teilen der Arbeiter*innenbewegung zu einer Sensibilisierung für diese faschistische Gefahr.

Während die NSDAP 1923 in vielen deutschen Ländern verboten wurde, war es den Nazis in Bayern möglich, offen zu agieren. In Rosenheim konnten sie am 24. Juni 1923 trotz eines erlassenen Umzugsverbotes beispielsweise aufmarschieren, ohne dass die Polizei diesen auflösen vermochte. Auch die *Bayerische Reichswehr* pflegte Kontakte zur NSDAP. In Rosenheim traten die Nazis 1923 sogar als „Notpolizei“ gegen die Arbeiter*innenbewegung auf, sowohl am Ersten Mai als auch am Antifaschistentag.

Viele Linke, wie Clara Zetkin, forderten zu dieser Zeit bereits gemeinsame antifaschistische Aktionen gegen die Verbände der völkischen Bewegung und die aufsteigende Nazipartei. Aus Furcht vor einem potenziellen Rechtsputsch rief die *Kommunistische Partei* (KPD) für den 29. Juli 1923 bundesweit zu einem ersten „Antifaschistentag“ auf. Der Aufruf richtete sich an alle Arbeiter*innen, „ohne Rücksicht auf ihre Parteizugehörigkeit, gegen die faschistischen

Foto S. 112: Stadtarchiv Rosenheim, F 5236 und S. 113: Johannes Müller

Organisationen des Bürgerkriegs“ eine „gemeinsame Front“ zu bilden, um „einen faschistischen Umsturz (zu) verhindern“.

Die Ereignisse am 29. Juli 1923, dem Antifaschistentag, in Rosenheim

Dieser Aufruf sorgte für „Unruhe unter der bürgerlichen Bevölkerung“. „Spartakus-Teufel an der Arbeit“ titelte zum Beispiel am 29. Juli 1923 die katholisch-patriotische Tageszeitung *Rosenheimer Tagblatt Wendelstein* in Bezug auf den bevorstehenden Antifaschistentag. Wenige Tage zuvor waren folgende Zeilen zu lesen: „Gegen den Kommunistenputsch. Das Ministerium des Inneren hat die Polizeibehörden angewiesen, am kommenden Sonntag anlässlich des kommunistischen ‚Antifaschistentages‘ alle kommunistischen Versammlungen zu verbieten“. Für den 29. Juli 1923 wurde dann von dem Bezirksamtsvorstand Roth eine 500 Mann starke „Notpolizei“ eingesetzt, die sich aus Mitgliedern der Chiemgauer (Gruppe aus dem *Bund Bayern und Reich*), des *Blücherbundes*, des *Bund Oberland* und der *Nationalsozialisten* zusammensetzte. Bereits am Vormittag hatte die reguläre Polizei das Gewerkschaftshaus in der Kaiserstraße durchsucht und ein ganzes Bündel „aufreizender Plakate“ beschlagnahmt, welche in der Nacht vor dem Antifaschistentag an zahlreichen Häusern angebracht worden waren. Aus polizeilicher Sicht verlief der Tag anfangs ohne ernsthafte Zusammenstöße, so dass

„Oberregierungsrat Roth gegen 5 ½ Uhr die Bereitschaft der Notpolizei aufhob. Die auswärtigen Mannschaften wurden daraufhin nach Hause entlassen, der Rest von etwa 200 Mann aus Rosenheim und der näheren Umgebung sammelte (sich) im Saubräukeller“. Aber gegen „½ 6 Uhr nachmittags“ liefen auf der Wache erste Meldungen ein, dass „ein Trupp von Nationalsozialisten unter der Führung Ankirchners in der Stadt umherzieht, den Leuten, welche Zeichen des Antifaschistentages tragen, dieselben herunter reißt und sie mit dem Gummiknüppel verprügelt“.

(Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Ministerium der Justiz, 13258, Fall 11)

Unter einem erfundenen Vorwand (Leute von vaterländischen Organisationen würden angeblich im

Gewerkschaftshaus festgehalten) „umgingen und überrannten mehrere Abteilungen ‚Notpolizisten‘ die Sperren der regulären Ordnungskräfte und stürmten das Gewerkschaftshaus“ und die sich im Haus befindliche Gaststätte Pernlohner-Bräu in der Kaiserstraße wo sie ein Blutbad anrichteten. Sie misshandelten die rund 15 anwesenden Arbeiter*innen (aber auch den Wirt und die Kellnerin) und erstachen dabei Georg Ott. Der an diesem Tag eingesetzte Polizist Ziegler geht davon aus, dass „der Sturm eine abgemachte Sache“ war. In seinem Einsatzbericht schreibt er:

Die Beerdigung Otts wurde zu einer großen Demonstration mit 4000 Menschen

„Ich kann die Sache nicht anders auffassen, als dass sich die vaterländischen Verbände sagten, heute muss es zu einem Zusammenstoß kommen. Die Kommunisten haben jedoch an diesem Tage nicht den geringsten Anlass zu einem solchen Vorgehen gegeben, da sie sich vollkommen ruhig verhielten.“

Die Beerdigung Otts am Mittwoch, den 1. August 1923 wurde zu einer großen Demonstration der Arbeiterschaft, an welcher sich rund 4000 Menschen beteiligten. Die Presse berichtete von „Angehörigen der sozialdemokratischen Gewerkschaften“, welche „zum Teil betriebsweise erschienen und in geschlossenen Zügen und Gruppen – auch aus den umliegenden Industriorten – anmarschiert“ waren. Auf der Beerdigung sprach neben Frau Blaser (Frauengruppe des *Sozialdemokratischen Vereins*) und ein in der Presse nicht namentlich genannter Vorsitzender des *Deutschen Metallarbeiterverbandes* aus München, welcher in seiner Rede „den Namen Ankirchners (lokaler Anführer der NSDAP) mit den Vorkommnissen in Zusammenhang“ brachte. „Stadtrat Heinrich Geistaler legte namens der *Sozialdemokratischen Partei* einen Kranz an dem Grabe des eifrigen Mitgliedes nieder“ und musikalisch wurde die Beerdigung vom *Arbeiter-Liederkranz* begleitet. Da die Landespolizei Unruhen vermutete, verlegte sie für den Tag der Beerdigung „ein schwer bewaffnetes Kommando nach Rosenheim“, welches wegen des friedlichen Verlaufs aber nicht eingesetzt wurde.



Nachruf für Georg Ott von der Rosenheimer Eisenindustrie Martin Perr im Rosenheimer Anzeiger, Nr. 173 vom 30. Juli 1923

Auf dem rechten Auge blind? Die Folgen des Mordes

In den Betrieben um Rosenheim kam es jedoch in der Folge offensichtlich zu Auseinandersetzungen, bei denen Angehörige der „vaterländischen Verbände“ verprügelt oder entlassen wurden.

bruches anzulasten sei, aber „die Beschuldigten waren als Notpolizei aufgerufen und hatten demgemäß für die Dauer des Aufrufes die Eigenschaft als Hilfsorgane der Polizei mit den Polizeibeamten zustehenden Rechten“. Das Landgericht Traunstein folgte dieser Einschätzung und lehnte am 2. Februar 1924 die Eröffnung eines Gerichtsverfahrens aus Rechtsgründen ab.

Nicht nur die Lokalpresse, sondern auch die Justiz nahm die Täter in Schutz

Als 1930 in der *Münchener Post* ein kritischer Bericht veröffentlicht wurde, gab es erneute Ermittlungen. Es wurde eine Abschrift des angeblich durch den Rosenheimer Bürger-

meister Bruno Kreuter zurückgehaltenen Bericht des Polizeiwachtmeister Ziegler gefunden und zahlreiche Zeugen befragt, der Täter konnte aber trotzdem nicht ermittelt werden.

Während die Täter und ihre geistigen Brandstifter unbehelligt weiter agieren konnten, war die Arbeiterbewegung weiter von Repression betroffen. Beim wenige Monate später stattfindenden Hitlerputsch (9. November 1923) in München zeigte sich erneut die Bedeutung Rosenheims, wo die Fäden der rechten Sympathisanten aus der oberbayerischen Provinz zusammenliefen und sich die putschbereiten Truppen sammelten. In Rosenheim wurden am 9. November 1923 Kommunisten und Sozialisten (unter anderem der Arbeitersekretär Karl Göpfert) nicht von Nazis verhaftet, sondern Bezirksamtsvorstand Roth ordnete dies direkt an. Hier zeigt sich bereits 1923 im Kern die „für die Machtergreifung 1933 dann auch so wirkungsvolle Verknüpfung staatlicher Exekutivorgane mit dem ‚legalisierten‘ Terror der SA“. Der rechte Mord an Gewerkschafter Georg Ott wurde von den Ordnungsbehörden noch Jahre später genutzt, um linke Demonstrationen zu unterbinden. Beispielsweise wurden am 12. August 1928 anlässlich einer Tagung des *Rot Front Kämpferbundes* in Rosenheim alle „Um- und Aufzüge“ verboten. In der Begründung hieß es unter anderem:

„Es ist bereits bei einer kommunistischen Kundgebung in Rosenheim zwischen links und rechtsstehenden Kreisen zu Zusammenstößen gekommen, bei denen es beiderseits Verletzte gab und ein Kommunist so schwer verletzt wurde, dass er eine Stunde darauf starb, nämlich bei dem Antifaschistentag am 29.7.23.“

In Zeitungsanzeigen erhebt die *Arbeitsgemeinschaft der vaterländischen Verbände Rosenheims* (unter anderem NSDAP) „energischsten Protest (...) gegen das Vorgehen gegen ihre Mitglieder von Seiten der gegnerischen Arbeiterschaft in den hiesigen Betrieben“ und fordert „daß alle Ausstellungen, die aus Begehren der Gegnerschaft erfolgt sind, restlos zurückgenommen, die Leute wieder eingestellt und vollständig schadlos gehalten werden“. Die *Chiemgauleitung* veröffentlicht wenige Tag später eine „Warnung“, wonach der Vorfall im Gewerkschaftshaus „ausschließlich von linksradikaler Seite provoziert“ worden sei. Weiter heißt es im Text:

„Wir sind nicht gewillt, unsere Kameraden weithin schutzlos dem Terror linksradikaler Elemente preiszugeben. Sollten die bisherigen Vorstellungen bei staatlichen Behörden und den privaten Betrieben ohne Erfolg sein, sind wir gezwungen, den Schutz unserer Kameraden energisch mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln selbst in die Hand zu nehmen.“

Peter Miesbeck stellt in seiner Arbeit „Bürgertum und Nationalsozialismus: Studien zur politischen Tradition in Rosenheim 1919-1945“ fest, dass in der bürgerlichen Presse die „feindselige Haltung gegenüber den Linksparteien“ zu dieser Zeit „soweit gediehen (war), daß die Totschläger aus vaterländischen Kreisen in Schutz genommen und die Begriffe Opfer und Verbrecher kurzerhand vertauscht wurden“.

Doch nicht nur die Lokalpresse, sondern auch die Justiz nahm die Täter in Schutz: Der Mörder und die rechten Schläger blieben straffrei. Zwar wurde anfangs gegen 16 Täter ermittelt, der Staatsanwalt stellte fest, dass zwar eigentlich der Tatbestand des Landfriedens-



Die Beerdigung von Georg Ott am 01.08.1923 war eine großen Demonstration der Arbeiterschaft, musikalisch begleitet wurde sie vom Arbeiter-Liederkranz Rosenheim. Dieser wurde 1904 von Mitglieder der freien Gewerkschaft gründeten und soll in den 1920er Jahren unter dem Chorleiter Xaver Roßner aus rund 120 Sängern bestanden haben. Das Bild zeigt den Arbeiter-Liederkranz anlässlich seines fünfjährigen Bestehens im Jahre 1909. Bildquelle: Stadtarchiv Rosenheim, F 4644

Nicht nur das staatliche Vorgehen unterstützte den Aufstieg des Nationalsozialismus, auch die erbitterte Rivalität zwischen den Arbeiter*innenparteien KPD und SPD verhinderte eine wirkmächtige Einheitsfront gegen den Faschismus. Diese Rivalität zeigte sich auch beispielsweise im Fall Ott darin, dass der *Vorwärts*, das Zentralorgan der *Vereinigten Sozialdemokratischen Partei*, nicht vor Ort nachrecherchierte, sondern am 31. Juli 1923 unter der Überschrift „faschistisch-kommunistische Prügelei“ das SPD-Parteimitglied Ott fälschlicherweise als „Kommunisten“ bezeichnete.

Erinnerung Heute? Hundert Jahre später in Rosenheim

Heute, hundert Jahre nach der Tat erinnert in Rosenheim fast nichts an den rechten Mord anlässlich des Antifaschistentags 1923. Zwar ist der Mord an Georg Ott vereinzelt in Publikationen zur Lokalgeschichte erwähnt, in der offiziellen Gedenkarbeit ist er jedoch weiter eine Lücke. Das zivilgesellschaftliche *Bündnis gegen rechte Hetze*, welches sonst überwiegend gegen die AfD arbeitet, will dies ändern und ruft deshalb rund um den 100. Todestag von Georg Ott zu einer Veranstaltungsreihe unter dem Motto „*Antifaschismus bleibt notwendig*“ auf. Mindestens 16 Veranstaltungen werden sich im Juni/Juli mit „Geschichte, Gegenwart und Gegenstrategien im Kampf gegen die extreme Rechte“ beschäftigen. Die Geschichtswerkstatt organisiert in diesem Rahmen am Samstag, den 29. Juli 2023 eine „Antifaschistische Stadtführung: In Gedenken an Georg Ott“, Start ist um 11:00 Uhr am Salzstadel Rosenheim.<

Weitere Infos zur Veranstaltungsreihe gibt es unter:
<https://antifaschismusbleibtnotwendig.rosenheim.tk/>

Johannes Müller ist Journalist aus Oberbayern (<https://twitter.com/pressemueller>) und beschäftigt sich viel mit der extremen Rechten im oberbayerischen Hinterland.

Die Geschichtswerkstatt Rosenheim gründete sich mit dem Ziel der Erforschung der Revolutions- und Rätezeit in Rosenheim und Umgebung. 2018 hat sie zu diesem Thema den Kalender „Es lebe das freie Bayern“ veröffentlicht. Heute beschäftigt sie sich nach dem Prinzip der „Geschichte von unten“ mit der Erforschung und Darstellung der lokalen Geschichte zu Themen, auf welche sie gerade Lust hat.
<https://geschichte.rosenheim.tk>